



Am 29. November

NEIN

zum Finanzierungs-Verbot der GSoA

NEIN zu teuren Verboten für AHV und Pensionskassen

NEIN zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

NEIN zur politischen Bevormundung der Nationalbank

INHALT

- ✘ Die Initiative
- ✘ Die Initianten
- ✘ NEIN zu teuren Verboten für AHV und Pensionskassen
- ✘ NEIN zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze
- ✘ NEIN zur politischen Bevormundung der Nationalbank

DIE INITIATIVE

- ✗ Ziel der Initiative: Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten weltweit verbieten.
- ✗ Das Instrument dazu: AHV, IV, EO, Pensionskassen, Stiftungen und Nationalbank dürfen keine Unternehmen finanzieren, die mehr als 5% ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften.
- ✗ Als Kriegsmaterial zählen auch Einzelteile, Bestandteile, Baugruppen oder Komponenten
- ✗ Der Bund muss auf der ganzen Welt missionieren, dass für Banken und Versicherungen die gleichen Bedingungen gelten.
- ✗ Alle Anlagen und Finanzierungen sollen ins Korsett der starren GSoA-Quote von 5% gepresst werden.

DIE INITIANTEN

- ✗ Urheber der Initiative: Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) und Junge Grüne
- ✗ Ziel der GSoA: Abschaffung der Armee.
Das Vorhaben ist bereits mehrfach gescheitert.
- ✗ Nun versucht es die GSoA mit einem Finanzierungs-Verbot.
Sie nimmt AHV, Pensionskassen, Nationalbank und Stiftungen ins Visier.
- ✗ Das Finanzierungs-Verbot der GSoA schadet nicht nur der Armee, sondern der ganzen Schweiz.
Die GSoA zielt auf den Arbeitsplatz und gefährdet die soziale Sicherheit.

NEIN ZU TEUREN VERBOTEN FÜR AHV UND PENSIONS KasSEN

- ✗ Die starre GSoA-Quote von 5% verteuert Geldanlage für Altersvorsorge.
- ✗ Entweder beschränken AHV und Pensionskassen ihre Investitionen auf einzelne Firmen oder sie überprüfen jedes Jahr Tausende von Unternehmen auf deren Umsatz mit Rüstungsmaterial.
- ✗ Kostengünstige und effektive Indexfonds (z.B. ETF, Indizes, usw.) stehen nicht mehr zur Verfügung.
- ✗ Folgen für AHV und Pensionskassen:
 - Grössere Risiken, denn breite Risikodiversifikation ist nicht mehr möglich.
 - Höhere Anlagekosten durch immensen Verwaltungsaufwand.
- ✗ Grössere Risiken und höhere Kosten schmälern Erträge von AHV und Pensionskassen. Renten werden unsicherer.

Die Initiative ist ein Angriff auf die soziale Sicherheit.

NEIN ZU SCHÄDEN FÜR KMU UND ARBEITSPLÄTZE

- ✗ Die starre GSoA-Quote schädigt KMU und kostet Arbeitsplätze.
- ✗ Die Initiative macht aus sehr vielen Unternehmen «Kriegsmaterialproduzenten». Betroffen sind nicht nur grosse Firmen, sondern tausende Zulieferbetriebe, weil das Verbot auch für Baugruppen und Bestandteile gilt.
- ✗ Das Finanzierungsverbot lässt ausser Acht, dass viele betroffene Firmen die zu einem Grossteil Alltagsprodukte herstellen.
- ✗ Beispiel: Glas Trösch, die auch Scheiben für Flugzeug-Cockpits herstellen
Beispiel: Franke, die auch Spezialbeschichtungen für Wehrtechnologie herstellen
- ✗ KMU sind die Leidtragenden. Ihnen wird Zugang zu Krediten erschwert oder verwehrt – auch den zivilen Sparten.

Die Initiative ist ein Angriff auf die Schweizer KMU und ihre Arbeitsplätze.

NEIN ZUR BEVORMUNDUNG DER NATIONALBANK

- ✗ Die starre GSoA-Quote bevormundet die Schweizerische Nationalbank.
- ✗ Die Initiative führt politische Kriterien für die Anlage der Gelder der Nationalbank ein und gefährdet so ihre verfassungsmässige Unabhängigkeit.
- ✗ Das Finanzierungsverbot beschränkt die Nationalbank in ihrer Handlungsfähigkeit. Das erschwert es ihr, die für Stabilität des Schweizer Frankens zu sorgen.
- ✗ Preisstabilität ist fast der wichtigste Faktor für unseren Wohlstand.

Die Initiative ist ein Angriff auf die Unabhängigkeit der Nationalbank und damit auf die Stabilität des Schweizer Frankens.

WIRKSAME ARMEE IST AUF INLÄNDISCHES WEHRTECHNIK-KNOWLEDGE ANGEWIESEN

- ✗ Art. 58 der Bundesverfassung hält fest: «Die Schweiz hat eine Armee.»
- ✗ Die Schweiz gehört weder einer Verteidigungsallianz an, noch hat sie Anspruch auf militärische Unterstützung durch andere Staaten.
- ✗ Die Schweiz braucht Kompetenzen bei der Herstellung von Rüstungsgütern. Zur Verteidigung unserer Souveränität ist die Armee auf CH-Lieferanten angewiesen.
- ✗ Es ist bedenklich, wenn AHV, Pensionskassen und Nationalbank Gelder nicht mehr in Schweizer Firmen investieren dürfen, die dazu beitragen, den Verfassungsauftrag der Verteidigung zu erfüllen.

Die Initiative ist auch ein Angriff auf die militärische Sicherheit der Schweiz.

ETHISCHES ANLEGEN LÄSST SICH NICHT IN STARRE QUOTE PRESSEN

- ✗ Ethisches Anliegen wird immer wichtiger.
- ✗ Bundesrat kündigte im Juni 2020 an: Schweiz soll global führender Standort für nachhaltige Finanzdienstleistungen sein.
- ✗ Standpunkt Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK-ASIR): Starre 5%-Quote ist kaum überprüfbar, die Umsetzung sehr schwierig.
- ✗ Unterscheidung zwischen dezidierten und spezifisch konzipierten Gütern unmöglich (Dual-Use-Güter).
- ✗ Nachhaltige Finanzierung braucht keine willkürliche und starre Quoten, sondern klare Kriterien, auf die sich Sparer und Anleger tatsächlich stützen können.



Am 29. November

NEIN

zum Finanzierungs-Verbot der GSoA

NEIN zu teuren Verboten für AHV und Pensionskassen

NEIN zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

NEIN zur politischen Bevormundung der Nationalbank